

2

ENTWICKLUNGEN IN DER KLIMAPOLITIK

2 Entwicklungen in der Klimapolitik

2.1. Internationale Klimapolitik

Die 18. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen (UN) fand vom 26.11. bis 8.12.2012 in Doha, Qatar, statt. An der Konferenz nahmen rund 12.000 Personen teil, davon Vertreter/innen und Delegierte aus 192 Staaten, Beobachter/innen von UN-, internationalen und Nichtregierungsorganisationen sowie Medienvertreter/innen.

Im Zentrum der Konferenz in Doha stand die Frage, ob die Entwicklung des Klimaregimes nach 2012 erfolgreich fortgesetzt werden kann und ob konkrete Schritte für den Weiterbestand des Klimaprozesses der Vereinten Nationen vereinbart werden können. Die internationale Klimapolitik ist gekennzeichnet durch die unterschiedlichen Positionen der Vertragsstaaten. Die Industrieländer drängen einerseits auf die Übernahme von verpflichtenden Reduktionszielen aller wesentlichen Treibhausgasemittenten, während die Entwicklungsländer andererseits auf das Recht eines unbeschränkten, wirtschaftlichen Wachstums verweisen.

Die Klimakonferenz in Doha hat einige wesentliche Entscheidungen gebracht. Als Ergebnis wurde der sogenannte „Doha Climate Gateway“ verabschiedet, der eine zweite Verpflichtungsperiode des bestehenden Kyoto-Protokolls nach 2012 und einen Fahrplan zur Erarbeitung eines globalen Klimaabkommens unter Einbindung aller wesentlichen Emittenten von Treibhausgasen bis 2015 bedeutet.

Die Frage des Übertrags der nicht verwendeten Emissionsrechte der Industriestaaten in die zweite Verpflichtungsperiode wurde derart gelöst, dass zwar die gesamte Menge der Assigned Amount Units (AAUs) in die zweite Periode mitgenommen werden kann, die Übertragung an andere Staaten allerdings einer quantitativen Beschränkung unterliegt. Die meisten potenziellen Käuferländer, darunter auch die EU und ihre 27 Mitgliedstaaten, haben eine freiwillige Erklärung abgegeben, keine derartigen Emissionsrechte erwerben zu wollen. Die flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls, Joint Implementation (JI) und Clean Development Mechanism (CDM), werden auch in der zweiten Verpflichtungsperiode fortgeführt werden.

Diskussionen gab es auch zur Frage, wie der „Green Climate Fund“ gespeist werden soll, aus dem ab 2020 jährlich 100 Mrd. Euro für Klimaschutzmaßnahmen aufgewendet werden sollen. Hier ist im weiteren Prozess noch abzuklären, wie diese Mittel tatsächlich aufgebracht werden und zu verwenden sind.

Im Einzelnen haben die Verhandlungen in Doha die folgenden Ergebnisse gebracht:

Zweite Verpflichtungsperiode unter dem Kyoto-Protokoll

Es wurde eine zweite Verpflichtungsperiode unter dem derzeit laufenden Kyoto-Protokoll, die von 1.1.2013 bis zum 31.12.2020 dauern wird, beschlossen. Neben der EU und ihren 27 Mitgliedstaaten werden an dieser zweiten Verpflichtungsperiode auch Norwegen, die Schweiz, Australien, Weißrussland (Belarus), Kroatien, Island, Kasachstan, Liechtenstein, Monaco und die Ukraine teilnehmen. Diese Staaten sind für rund 15 % des weltweiten Treibhausgasausstoßes verantwortlich.

Große Emittenten wie Russland und Japan hatten bereits im Vorfeld angekündigt, an einer zweiten Verpflichtungsperiode nicht teilnehmen zu wollen. Kanada ist bereits im Jahr 2011 aus dem Protokoll ausgetreten und die USA hat das Kyoto-Protokoll nicht ratifiziert.

Erarbeitung eines globalen Klimaabkommens

Ein globales, umfassendes und verbindliches Klimaschutzabkommen soll bis 2015 ausgearbeitet werden und ab 2020 in Kraft treten. Die zentrale Absicht der EU ist es, ein rechtlich verbindliches Abkommen zu verhandeln, welches alle wesentliche Emittenten – inklusive China, Indien und die USA – binden soll. Im entsprechenden Verhandlungsstrang, der sogenannten „Ad-hoc-Working Group on the Durban Platform on Enhanced Action“ (ADP), wurde ein Arbeitsplan verabschiedet, um die Verhandlungen zu diesem Thema fortzusetzen. Es wurde darüber hinaus vereinbart, im Jahr 2014 die bis dahin vorgelegten Zusagen zur Treibhausreduktion auf Basis der neuesten wissenschaftlichen Erkenntnisse zu evaluieren und auf Ministerebene zu diskutieren.

Zusammenfassend ist das Ergebnis der Konferenz ein wichtiger Schritt für eine konstruktive weitere Zusammenarbeit der Vertragsparteien im internationalen Klimaschutz. Weiters bildet es die Voraussetzung, um im Rahmen der nächsten internationalen Konferenz im November 2013 in Warschau weiterreichende Beschlüsse im Hinblick auf ein umfassendes Abkommen und nachhaltige Treibhausgasreduktionen mit dem Ziel, die Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur auf höchstens 2 °C zu beschränken, fassen zu können.

2.2. Klimapolitik in der EU

Die EU war bei der internationalen Klimakonferenz in Doha bei der Erstellung eines Arbeitsplans für ein neues globales Abkommen erneut eine treibende Kraft und stellte damit unter Beweis, dass für die EU Klimaschutz nach wie vor ein wichtiges globales Anliegen ist. Um die innereuropäische Diskussion rund um ein neues, weltweites Klimaschutzabkommen anzuregen, kündigte die Europäische Kommission für März 2013 die Veröffentlichung eines Grünbuchs über die Ausgestaltung eines zukünftigen Abkommens an.

Unter der zweiten Kyoto-Periode im Zeitraum 2013 bis 2020 verpflichteten sich die 27 Mitgliedstaaten der EU und zehn weitere Staaten zu fixen Reduktionszielen. Das „Klima- und Energiepaket 2008“ stellt dabei die Basis für die EU-interne Umsetzung der internationalen Verpflichtung dar.

Emissionshandel

Eine Kernmaßnahme in den EU-Klimaschutzbestrebungen stellt weiterhin das Europäische Emissionshandelssystem (EU-ETS) dar. Der Emissionshandel regelt den Ausstoß von Treibhausgasen im Bereich der energieintensiven Industrie und der Energiewirtschaft. In der bereits dritten Handelsperiode 2013 bis 2020 werden sowohl die Begrenzung der Gesamtmenge der Emissionszertifikate für die Industrie und Energiewirtschaft (mit einem Reduktionsziel von 21 % gegenüber dem Vergleichszeitraum 2005), als auch der Reduktionspfad der Emissionen bis 2020 EU-weit einheitlich geregelt. Ab 2013 kommt es dabei zu einer jährlichen Verringerung der Gesamtzahl an Zertifikaten um 1,74 %.

Allerdings hat in Folge der Wirtschaftskrise das Überangebot an CO₂-Emissionsrechten im europäischen Emissionshandelssystem zu einem starken Preisverfall geführt. Die EU-Kommission hat Ende 2012 einen Bericht zur Funktionsfähigkeit des Kohlenstoffmarktes vorgelegt. Darin werden die näheren Gründe des Überangebots und sechs mögliche zukünftige strukturelle Maßnahmen dargestellt:

- **Option 1:** Die Erhöhung des EU-Emissionsreduktionszieles von 20 % auf 30 % bis 2020.
- **Option 2:** Die permanente Stilllegung einer bestimmten Anzahl von EU-Emissionsrechten innerhalb der 3. Emissionshandelsphase.
- **Option 3:** Eine frühere Revision des linearen Reduktionsfaktors.
- **Option 4:** Eine Ausweitung des Emissionshandelssystems auf weitere Sektoren.
- **Option 5:** Die weitere Begrenzung der Nutzung von Emissionszertifikaten aus den flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls.
- **Option 6:** Die Einführung von Mechanismen zur Steuerung des CO₂-Preises.

Die Akzeptanz und Auswirkungen dieser Optionen sollen nun im Rahmen eines öffentlichen Konsultationsmechanismus näher beleuchtet werden.

Aktuell haben die Europäische Kommission, das Europäische Parlament und die Mitgliedstaaten 2012 intensiv die Interventionsmaßnahme des „Backloading“ diskutiert, um den Preis zu stabilisieren. Darunter versteht man eine zeitliche Verzögerung bei der Versteigerung eines Teils der Emissionszertifikate auf spätere Jahre. Der Vorschlag der Europäischen Kommission sieht eine Herausnahme von 900 Mio. European Union Allowances (EUAs) aus dem System für den Zeitraum von 2013 bis 2015 vor, die 2019 bis 2020 wieder in das System eingebracht werden sollen. Eine entsprechende Entscheidung könnte noch vor dem Sommer 2013 fallen, wenn sich eine ausreichende Anzahl von Mitgliedstaaten dafür ausspricht und das Europäische Parlament zustimmt.

Emissionen der Luftfahrt

Eine wesentliche Neuheit im Jahr 2012 hätte die Ausweitung des EU-ETS auf die Luftfahrt bedeutet, wovon alle in der EU ankommenden und abgehenden Flüge betroffen gewesen wären. Jedoch haben sich Länder wie China, Russland und die USA unter anderem im Rahmen der internationalen Flugverkehrsvereinigung gegen diese neue Richtlinie gewehrt. So hat etwa China ein Gesetz erlassen, das es seinen Fluglinien verbietet, am EU-ETS teilzunehmen. Die Europäische Kommission hat im November 2012 daher beschlossen, die Regelungen für Flüge von und nach Drittstaaten für das Jahr 2012 im EU-ETS zu suspendieren, um mehr Zeit für weiterführende Verhandlungen zum internationalen Flugverkehr zu schaffen.

Emissionen der Seeschifffahrt

Die Position der EU ist es, die Treibhausgasemissionen der internationalen Seeschifffahrt in die internationale Klimaschutzgesetzgebung zu integrieren. Dementsprechend kündigte die Kommission einen Legislativvorschlag zur Überwachung, Berichterstattung und Verifizierung von Emissionen dieses Transportsektors für das erste Quartal 2013 an.

Anpassung an den Klimawandel

Die EU arbeitete in den letzten Jahren auch intensiv an der Erstellung einer Strategie zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels, die unter anderem die Sektoren Wassermanagement, Gesundheit, Land- und Forstwirtschaft, Biodiversität sowie Produktion und Infrastruktur umfassen wird. Es ist geplant, dem Rat die Strategie im Juni 2013 zur Beschlussfassung vorzulegen.

Emissionsreduktion der Mitgliedstaaten in Sektoren außerhalb des Emissionshandels

Gemäß der sogenannten „Effort-Sharing Decision“ des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen zur Reduktion der Treibhausgasemissionen sind die Mitgliedstaaten verpflichtet, die Emissionen von Sektoren außerhalb des Emissionshandels bis zum Jahr 2020 um insgesamt rund 10 % gegenüber 2005 zu reduzieren. Diese Verpflichtung wird zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten aufgeteilt, wobei als Maßstäbe das Prinzip der Solidarität bzw. die Wirtschaftsleistung bezogen auf die Einwohner/innen dienen. Österreich hat demnach ein Ziel von -16 % gegenüber 2005 bis zum Jahr 2020 einzuhalten. Dabei ist in den Jahren 2013 bis 2020 ein linearer Ziel-Pfad vorgegeben, dessen Startpunkt sich aus den durchschnittlichen Emissionen in den Jahren 2008 bis 2010 ergibt.

Obwohl diese Entscheidung unmittelbar in den Mitgliedstaaten gilt, hat sich in Österreich die Bundesregierung entschlossen, eine nationale rechtliche Grundlage für die Einhaltung dieses Ziels zu schaffen: Mit dem Klimaschutzgesetz von Ende 2011 sollen die entsprechenden Verantwortlichkeiten im Klimaschutz zugewiesen werden. Die Arbeiten dazu wurden im Jahr 2012 vorangetrieben, indem eine vorläufige Liste an möglichen Maßnahmen zur Senkung der Treibhausgase in den „Effort-Sharing Sektoren“ ausgearbeitet und in einer externen Studie bewertet wurde.

2.3. Nationale Klimapolitik

Auf nationaler Ebene bildeten im Jahr 2012 die Arbeiten zum Klimaschutzgesetz und zum Emissionszertifikatengesetz die Schwerpunkte im Klimaschutz.

Das **Klimaschutzgesetz** (KSG, BGBl. I Nr. 106/2011) ist nach mehrjährigen intensiven Verhandlungen im November 2011 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist die wirksame Umsetzung der internationalen (völker- und unionsrechtlichen) Klimaschutzverpflichtungen in Österreich, insbesondere des EU-Klima- und Energiepakets mit seiner Verpflichtung zur Reduktion der Treibhausgasemissionen (außerhalb des EU-Emissionshandels) um 16 % bis 2020 gegenüber den Werten des Jahres 2005.

Mit dem KSG wurden auch das Nationale Klimaschutz Komitee (NKK) und ein zugehöriger Beirat (NKB) eingerichtet, die seit dem Nationalratsbeschluss regelmäßig tagen. Als Mittel zur Zielerreichung sieht das KSG Folgendes vor:

1. Die Umlegung der nationalen Höchstmengen von 2013 bis 2020 auf insgesamt sechs Sektoren (Verkehr, Industrie und Energie, Landwirtschaft, Raumwärme, Abfallwirtschaft, fluorierte Gase).
2. Die Umsetzung von wirksamen Maßnahmen in diesen Sektoren durch Bund und Länder – entsprechend der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung.
3. Die Einigung zwischen Bund und Ländern auf einen Klimaschutz-Verantwortlichkeitsmechanismus (Kostentragung) im Falle einer Zielverfehlung.

Mit der am 21.12.2012 in Begutachtung geschickten Novelle zum Anhang 2 des KSG sollen verbindliche Sektorziele umgesetzt werden. Zum Klimaschutz-Verantwortlichkeitsmechanismus wurde ebenfalls im Herbst 2012 ein Verhandlungsprozess mit den Bundesländern gestartet. Ziel ist eine Vereinbarung nach Art. 15a B-VG, in der die Kostentragung von Bund und Ländern im Fall der Überschreitung von Emissionshöchstwerten geregelt ist.

Das **Emissionszertifikatengesetz 2011** (EZG 2011) schuf die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit des Emissionshandelssystems der Phase III (2013 bis 2020) in Österreich. Dabei werden mit der Novelle des EZG auch Vollzugsprobleme, die sich in den letzten Jahren im Emissionshandelssystem ergeben haben, bereinigt.

Für die dritte Handelsperiode des Emissionshandelssystems, welche insgesamt acht Jahre dauert, lauten die wesentlichsten Bestimmungen des EZG:

- **Erweiterung des Geltungsbereiches:**
Ab 2013 werden zusätzliche Tätigkeiten und Treibhausgase in den Emissionshandel einbezogen. CO₂-Emissionen aus der Herstellung petrochemischer Erzeugnisse, von Ammoniak und Aluminium werden nunmehr erfasst, ebenso N₂O-Emissionen aus der Produktion von Salpetersäure, Adipinsäure und Glyoxalsäure sowie Emissionen von perfluorierten Kohlenwasserstoffen aus dem Aluminiumsektor.

- **Geänderte Grundsätze für die Zuteilung von Emissionsrechten:**
Grundprinzip der Allokation der Zertifikate ab 2013 ist die Versteigerung anstatt der kostenlosen Zuteilung. Die Versteigerungen werden für die meisten Mitgliedstaaten über eine Auktionierungsplattform durchgeführt. Industrieanlagen erhalten Emissionsrechte weiterhin kostenlos, allerdings auf Basis von EU-weit festgelegten Regeln und Referenzwerten.
- **Nutzung von Gutschriften:**
Für die dritte Handelsperiode werden Bestimmungen über die Nutzung von Gutschriften und die Anpassung an die neuen unionsrechtlichen Vorgaben festgelegt.
- **Weitere Änderungen:**
Weitere Bestimmungen umfassen die Festlegung erhöhter Anforderungen bei der Eröffnung eines Kontos im Emissionshandelsregister, die Einführung einer Bestimmung über die Kostenübernahme für Zuteilungs- und Feststellungsverfahren sowie die Schaffung von Eingriffsmöglichkeiten des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW) in Genehmigungsbescheide.



3

DER INTERNATIONALE CARBON-MARKT



3 Der internationale Carbon-Markt

Seit Einführung des Europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) im Jahr 2005 war der internationale Carbon-Markt immer von wachsendem Volumen und steigendem Marktwert gekennzeichnet. Das Jahr 2012 stellt eine Ausnahme dar, da erstmals das hohe Volumen den starken Preisverfall nicht mehr kompensieren konnte und der Marktwert gegenüber den Vorjahren zurückging.

2012 wurden geschätzte 10,7 Gigatonnen (Gt) CO₂-Einheiten mit einem Gesamtwert von rund 62 Mrd. Euro gehandelt (siehe Tabelle 1). Dies entspricht hinsichtlich des gehandelten Volumens einer Steigerung von rund 28 % gegenüber dem Jahr 2011, wobei der Marktwert aller Transaktionen im Jahr 2012 um etwa 35 % gefallen ist. Dieser Rückgang des Marktwertes im Vergleich zum steigenden Volumen ist auf den starken Preisverfall zurückzuführen.

Grundsätzlich war der Markt 2012 von einer pessimistischen Stimmung geprägt. Die Preise waren schon im Zuge der Wirtschaftskrise im Zeitraum Sommer 2008 bis Februar 2009 rapide gefallen. Seit Mitte Februar 2009 stiegen die Preise wieder moderat, wobei die steigende Preisentwicklung mit Juli 2011 wieder abrupt unterbrochen wurde, als die Euro-Krise und damit einhergehende Rezessionsängste zu einem Einbruch bei den Marktaktivitäten und den Preisen führten. Insbesondere ab dem zweiten Quartal 2012 sanken die Preise nochmals massiv, als sichtbar wurde, dass sowohl in der aktuellen zweiten Phase des EU-ETS als auch in der zukünftigen dritten Phase das Angebot an Emissionsreduktionen die Nachfrage zumindest zeitweise überschreiten wird.

Weiters haben die politischen Signale und die gesamtwirtschaftlichen Ereignisse im EU-Raum den Preistrend maßgeblich verstärkt. Entsprechend führten die Anzeichen der möglichen Rezession im Zusammenhang mit der Euro-Krise zu einer signifikanten Reduktion der Preise am Carbon-Markt. Dabei wird von einer Drosselung in der Produktion und damit verbundenen Rückgängen beim CO₂-Ausstoß aufgrund einer sich abschwächenden Konjunktur ausgegangen.

Der Clean Development Mechanism (CDM)-Markt für projektbasierte Zertifikate aus Entwicklungsländern bleibt zwar das zweitgrößte Marktsegment, verlor aber aufgrund des Preisverfalls stark an Wert. Im CDM unter dem Kyoto-Protokoll wurden 2012 rund 2,4 Gigatonnen gehandelt, wobei der Wert der gehandelten Zertifikate ebenfalls drastisch gesunken ist. Wurden im Jahr 2011 noch Zertifikate im Wert von 17,8 Mrd. Euro gehandelt, waren es 2012 nur noch 6,1 Mrd. Euro. Auch wurden im Jahr 2012 sehr viele neue Zertifikate auf den Markt gebracht (ein Rekordvolumen von 339 Mio. Zertifikaten wurde von der UNFCCC ausgestellt), was das Angebot, bei sinkender Nachfrage, weiter erhöhte.

Allerdings sind rund 40 % der Zertifikate, die aus HFC- und Adipinsäure-basierten N₂O-Projekten stammen, seit April 2013 nicht mehr für das EU-ETS anrechenbar. Dadurch fällt mit April 2013 eine wichtige Nachfrage für dieses Marktsegment weg. Der Preis für CDM-Zertifikate sank im Jahresverlauf 2012 um rund 90 %. Im Jänner 2012 lag der Preis noch bei vier Euro pro Tonne, im Dezember wurden die Zertifikate nur noch um 40 Cent gehandelt.

Der einzige Markt, der 2012 gegenüber 2011 einen Wertzuwachs verzeichnen konnte, war der Joint Implementation (JI)-Markt, der Markt für projektbasierte Zertifikate aus Industrieländern. Das Marktvolumen stieg 2012 um 568 %: 2011 wurden 101 Mio. JI-Zertifikate gehandelt, im Jahr 2012 stieg das Handelsvolumen auf 574 Mio.

Tonnen an. Verantwortlich dafür ist die Tatsache, dass Russland und die Ukraine massiv Zertifikate an JI-Projekte ausschütteten, damit diese noch innerhalb der ersten Kyoto-Verpflichtungsperiode Verwendung finden konnten.

2012 führten auch Australien und Südkorea ein nationales Emissionshandelssystem ein. Die gehandelte Menge dieser Systeme und auch der in Nordamerika ist im Vergleich zum EU-ETS gering, damit bleibt das EU-ETS das wichtigste Handelssystem.

Übersicht zum internationalen Carbon-Markt

Gehandelte Emissionsreduktionseinheiten je Marktsegment in den Jahren 2011 und 2012				
Marktsegment	2011		2012	
	Emissionsreduktions- einheiten in Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent	Wert in Mio. EUR	Emissionsreduktions- einheiten in Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalent	Wert in Mio. EUR
EU-Emission Trading Scheme (EU-ETS)	6.057	76.495	7.478	54.573
CDM-Markt	2.012	17.814	2.408	6.116
<i>CDM-Primärmarkt</i>	214	1.633	194	495
<i>CDM-Sekundärmarkt</i>	1.797	16.181	2.214	5.621
JI-Markt	101	716	574	906
<i>JI-Primärmarkt</i>	37	259	149	301
<i>JI-Sekundärmarkt</i>	64	457	425	605
Green Investment Schemes (GIS)*	69	406	119	150
Andere**	134	445	138	611
Summe	8.373	95.876	10.717	62.356

* Schätzung **) inkl. Nordamerika, Neuseeland und Australien

Quelle: Point Carbon, 2013

Tabelle 1

3.1. EU-Emission Trading Scheme (EU-ETS)

Die European Union Allowances (EUA) im Europäischen Emissionshandelssystem stellen den wichtigsten Anteil am internationalen Carbon-Markt dar. Insgesamt weisen EUAs ein Volumen von 70 % und einen Marktwert von 88 % am gesamten Carbon-Markt auf. 2012 wurden rund 7,5 Gigatonnen gehandelt, was im Vergleich zu 2011 einen Anstieg von 23 % bedeutet. Allerdings ging der Marktwert bedingt durch den massiven Preisverfall von noch 76 Mrd. Euro im Jahr 2011 auf 55 Mrd. Euro zurück, was einen 29 %-igen Wertrückgang bedeutet. Seit Bestehen des EU-ETS 2005 ging zum ersten Mal dieser Wert im Jahresvergleich zurück. 2012 betrug der durchschnittliche EUA-Preis 7,30 Euro, im Vergleich dazu lag er 2011 bei durchschnittlich 12,63 Euro.

3.2. CDM-Markt

Auf dem Markt für Certified Emission Reductions (CERs), den projektbezogenen Emissionsreduktionen aus dem Clean Development Mechanism (CDM), wurden im Jahr 2012 mehr als zwei Mrd. CERs mit einem Marktwert von ca. 6,1 Mrd. Euro gehandelt. Im Vergleich zum Jahr 2011 nahm damit der CDM-Markt volumenmäßig zu, wobei der Marktwert der CERs im Vergleich dazu stark sank. Der Anteil der CDM-Projekte am gesamten Carbon-Markt betrug 2012, gemessen am gehandelten Volumen, rund 22 %.

CDM-Primärmarkt

Auf dem CDM-Primärmarkt werden jene CERs (primary CERs, pCERs) gehandelt, die durch CDM-Projektaktivitäten erst in Zukunft generiert werden. Geschätzte 194 Mio. CERs wurden am Primärmarkt 2012 gehandelt. 5.612 Projekte mit einem prognostizierten CER-Volumen bis 2012 von fast 2.245 Mio. Tonnen waren mit Stand Ende 2012 registriert. 3.808 CDM-Projekte befinden sich noch in der UNFCCC-Projektpipeline. Damit stieg die Anzahl an registrierten CDM-Projekten gegenüber 2011 um 67 % an. Die massive Zunahme an neu registrierten Projekten resultiert daraus, dass Projektentwickler versuchten, möglichst viele Projekte bis Ende 2012 zu registrieren, da im Europäischen Emissionshandelssystem ab 2013 nur noch CERs aus neu registrierten CDM-Projekten in den am wenigsten entwickelten Ländern („Least Developed Countries“, LDCs) und aus bereits registrierten Projekten akzeptiert werden.

Demnach kamen aber auch Neuentwicklungen von CDM-Projekten am Primärmarkt in Hinblick auf das Auslaufen der ersten Phase des Kyoto-Protokolls quasi zum Erliegen. Der Markt ist derzeit gesättigt mit bereits handelbaren Zertifikaten und die Käufer sind nicht mehr bereit, in Zertifikate, die erst in Zukunft generiert werden und entsprechende Risiken aufweisen, zu investieren. Andererseits sind auch Investitionen in neue CDM-Projekte für Projektentwickler wenig lukrativ, da zum derzeitigen Marktpreisniveau die Projektentwicklungskosten kaum abgedeckt werden können. Der Preis von pCERs beträgt zwischen 75 % und 90 % der sCERs und ist abhängig vom Entwicklungsstand des Projekts.

CDM-Sekundärmarkt

Ausgestellte CERs (secondary CERs, sCERs) werden analog zu EU-Allowances teilweise über Börseplätze und „Over the Counter“ (OTC) sowie in direkten bilateralen Verträgen gehandelt. Im Jahr 2012 erreichte der Handel mit Sekundär-CERs ein Marktvolumen von rund zwei Mrd. Tonnen. Im Vergleich zum Jahr 2011 stieg der CDM-Sekundärmarkt damit volumenmäßig um rund 25 %, sank aber wertmäßig um rund 65 %. Der Handel mit Sekundär-CERs stellt mit einem Anteil von fast einem Fünftel aller Transaktionen das nach dem Emissionshandel im EU-ETS wichtigste Marktsegment am internationalen Carbon-Markt dar. Die Preise für sCERs orientieren sich an den Preisen für EUAs im EU-ETS. Entsprechend sind auch die CER-Preise analog zur Preisentwicklung im EU-ETS massiv gefallen.

3.3. JI-Markt

Am JI-Markt hat sich 2012 die gehandelte Menge im Vergleich zu 2011 fast versechsfacht. Insgesamt wurden 574 Mio. Tonnen an Emission Reduction Units (ERU) gehandelt, wobei aber der Marktwert der gehandelten Menge im Vergleich zu 2011 nur um 25 % stieg. Das hohe Volumen an ERUs stammte dabei insbesondere aus JI-Projekten in der Ukraine und Russland. Diese wurden aufgrund von geänderten Rahmenbedingungen im EU-ETS ab 2013 innerhalb des Jahres 2012 ausgestellt, um sicher zu gehen, dass die ERUs noch innerhalb des EU-ETS in der zweiten Handelsperiode verwendet werden können. Allerdings führte diese zusätzliche Zertifikatsmenge im bereits gesättigten Carbon-Markt zu einem weiteren Preisverfall der ERU-Preise. Wurden 2011 ERUs noch durchschnittlich um sieben Euro gehandelt, waren sie im Dezember 2012 um lediglich 0,12 Euro zu bekommen.

3.4. Green Investment Scheme (GIS)

Artikel 17 des Kyoto-Protokolls ermöglicht einen zwischenstaatlichen Handel mit Emissionsreduktionseinheiten (AAUs), wobei diese direkt von einem Annex-I-Land in ein anderes Annex-I-Land transferiert werden. Um sicherzustellen, dass die Mittel für den Ankauf von AAUs Klimaschutzmaßnahmen zugute kommen, wurde das Modell der Green Investment Schemes (GIS) entwickelt. Dabei werden vom Verkäuferstaat die Erlöse aus dem Verkauf zweckgewidmet für Klimaschutzprojekte verwendet. Ein entsprechendes Monitoring- und Controlling-System stellt die widmungskonforme Verwendung der Mittel sowie den Umwelteffekt sicher.

Die ersten drei AAU-Transaktionen fanden 2008 statt. Im Jahr 2009 wurden rund 138 Mio. Tonnen, 2010 rund 63 Mio. Tonnen, 2011 rund 68 Mio. Tonnen und 2012 rund 119 Mio. Tonnen gehandelt. Japan sowie japanische Unternehmen waren federführend am Markt. Weitere Käufer waren unter anderem Spanien, Irland und Portugal. Österreich führte 2012 insgesamt drei GIS-Transaktionen mit den bereits bestehenden GIS-Partnern Bulgarien, Estland und Lettland durch.



4



SCHWERPUNKTE 2012 IM ÖSTERREICHISCHEN JI/CDM-PROGRAMM

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

Ziel des Österreichischen JI/CDM-Programms ist es, durch Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen Joint Implementation und Clean Development Mechanism (JI und CDM) sowie Green Investment Schemes (GIS) einen Beitrag zur Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels zu leisten.

Gegenstand des Programms ist vorrangig der Ankauf von Emissionsreduktionseinheiten direkt aus JI- und CDM-Projekten sowie GIS und durch Beteiligungen an Fonds und Fazilitäten. Nachrangig konnte auch die Finanzierung von immateriellen Leistungen, die für die Durchführung von JI- und CDM-Projekten erforderlich sind (Baseline-Studien usw.), gewährleistet werden.

Unter Bezug auf die nationale Klimastrategie wurde von politischer Seite bei der Vorbereitung des JI/CDM-Programms davon ausgegangen, durch Nutzung der projektbezogenen flexiblen Mechanismen die Lücke zwischen dem national erreichbaren Emissionsreduktionspotenzial und dem österreichischen Kyoto-Zielwert zu schließen. Dazu wurde mit der UFG-Novelle im April 2012 das Ankaufsziel von 45 Mio. auf maximal 80 Mio. Emissionsreduktionseinheiten angehoben.

4.1. Angekaufte Emissionsreduktionseinheiten

2012 konnte sich die Republik Österreich über drei neu abgeschlossene Ankaufsverträge (Tabelle 2) weitere 26,94 Mio. Emissionsreduktionseinheiten für die Periode 2008 bis 2012 aus GIS sichern, die für den Lückenschluss sowie zur Wiedereindeckung von Lieferausfällen aus dem bestehenden Portfolio dienen.

Der Ankauf von Assigned Amount Units (AAUs) unter GIS konnte 2012 somit weiter ausgebaut werden. Bei einem GIS ist das jeweilige Gastland direkter Anbieter der Emissionsreduktionseinheiten, welches einen Teil seiner Emissionsrechte an den Abnehmer verkauft. Die AAUs stehen nach Abschluss des Ankaufsvertrags unmittelbar für die Kyoto-Zielerreichung zur Verfügung. Die Erlöse aus dem Verkauf werden im Gastland für den Aufbau und die Abwicklung eines staatlichen Instruments zur Förderung emissionsmindernder Klimaschutzprojekte verwendet. Im Jahr 2012 konnte Österreich GIS-Transaktion mit Bulgarien, Estland und Lettland fixieren. Über die Ankaufsverträge verpflichten sich die Vertragsstaaten, die Erlöse aus dem Verkauf der AAUs an Österreich zur Förderung von Maßnahmen im Bereich erneuerbarer Energien, Energieeffizienz und der thermischen Sanierung von öffentlichen Gebäuden zu verwenden.

Somit sind seit 2003 Ankäufe über 89,04 Mio. Tonnen Emissionsreduktionseinheiten im österreichischen Programm beschlossen worden, wovon unter Berücksichtigung der letztlich nicht realisierten JI- und CDM-Projekte sowie der Ausfälle 71,2 Mio. Tonnen an Emissionsreduktionseinheiten vertraglich gesichert sind. Der durchschnittliche Ankaufspreis liegt bei 6,3 Euro pro Tonne (exklusive immaterieller Unterstützung).

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

Um das Emissionsreduktionsziel punktgenau zu erreichen, wird ankaufsseitig die kurzfristige Wiedereindeckung der Projektausfälle und die Schließung der Lücke auf die Emissionsreduktionsverpflichtung aus dem Kyoto-Protokoll notwendig sein. Das tatsächliche Ausmaß notwendiger Ankäufe wird sich aus den Projektausfällen, die 2013 und 2014 noch zu erwarten sind, und insbesondere aus der österreichischen Emissionsbilanz für das Jahr 2012, die Anfang 2014 veröffentlicht wird, ergeben.

Übersicht über die 2012 genehmigten Ankaufsverträge

Vertraglich gebundene Emissionsreduktionseinheiten 2012				
Projektname	Projekt/Fonds/Fazilität	Projektart	Emissionsreduktions- einheiten in Tonnen CO ₂ -Äquivalent	Land
Green Investment Scheme – Bulgarien II	Green Investment Scheme	Energieeffizienz/ Biomasse	6.000.000	Bulgarien
Green Investment Scheme – Estland III	Green Investment Scheme	Energieeffizienz/ Biomasse	10.943.000	Estland
Green Investment Scheme – Lettland III	Green Investment Scheme	Energieeffizienz/ Biomasse	10.000.000	Lettland

Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Tabelle 2

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

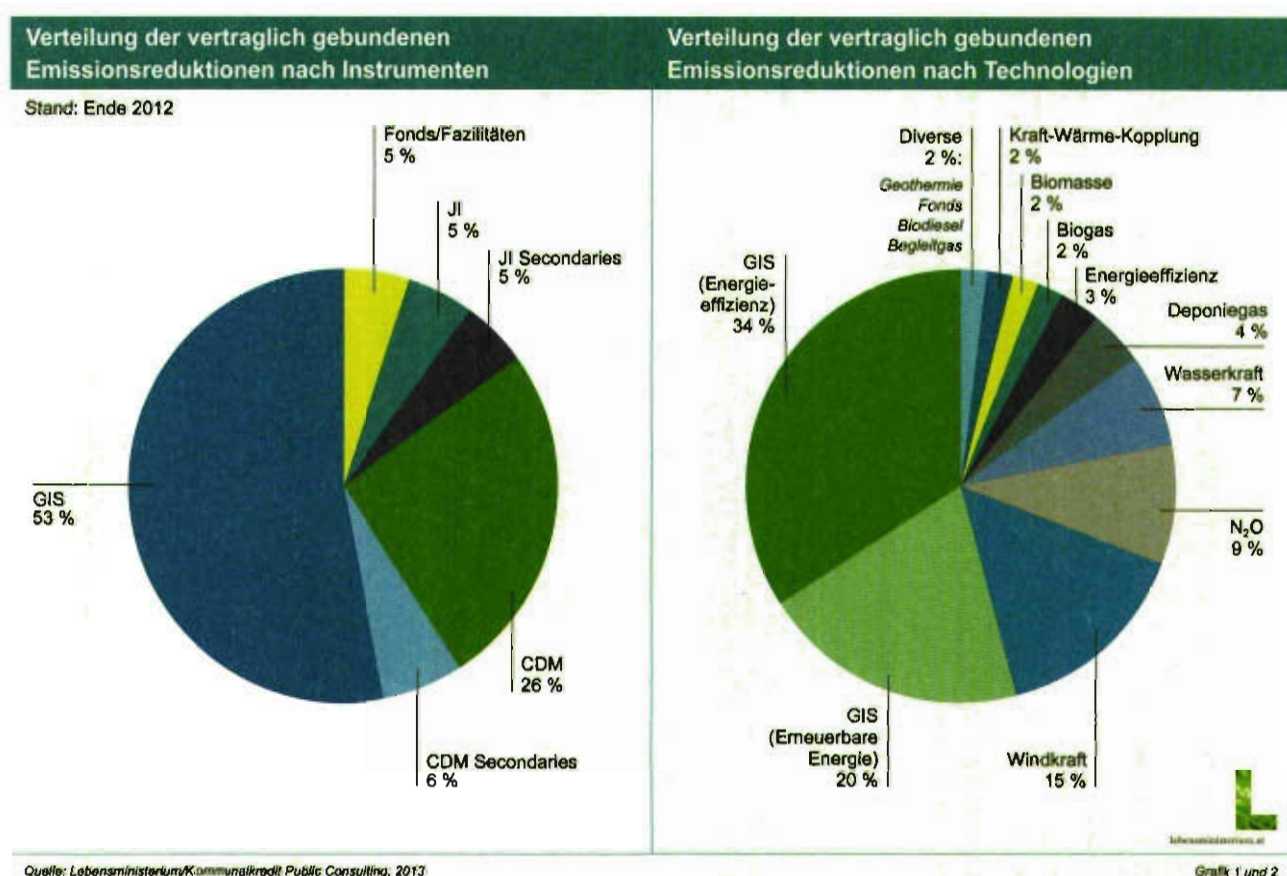
4.2. Aktuelles Programmportfolio

Mit Ende 2012 besteht das Portfolio aus 76 Projekten, einschließlich

- einer Fondsbeteiligung beim Community Development Carbon Fund der Weltbank,
- zwei Carbon-Fazilitäten: EcoSecurities (Small-Scale CDM-Projekte), Southpole (Schwerpunkt Asien) und
- neun GIS: Bulgarien (zwei Verträge), Estland und Lettland (je drei Verträge) sowie die Tschechische Republik.

Die Verteilung des Programmportfolios ist in Grafik 1 dargestellt: Der Anteil der Emissionsreduktionen aus GIS beträgt 53 %, jener aus CDM-Projekten 32 %, aus JI-Projekten 10 % und aus Fonds und Fazilitäten 5 %.

Die Grafiken 2 und 3 zeigen die Verteilung des aktuellen Portfolios (Stand Ende 2012) nach Technologie und Gastland.



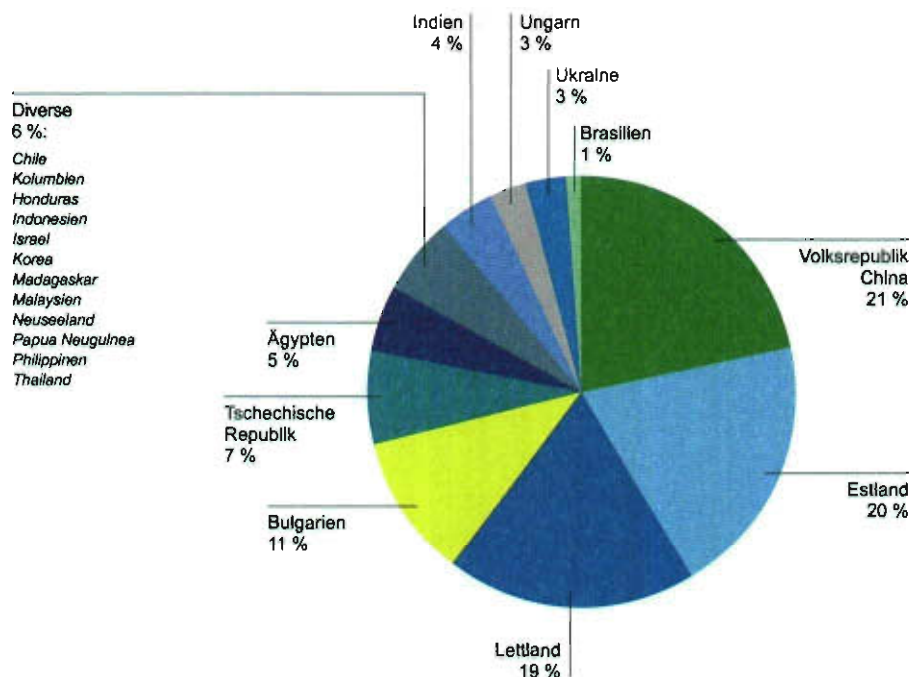
Bei der Technologieverteilung (siehe Grafik 2) ergeben sich aufgrund der GIS Schwerpunkte in den Bereichen Energieeffizienz und Erneuerbare Energie, bei den Projekten hat die Windkraft den größten Anteil.

Bei der Länderverteilung laut Grafik 3 spiegelt der Anteil chinesischer Projekte im österreichischen Portfolio die Bedeutung Chinas im Carbon-Markt wider. Mit 21 % liegt der Anteil am österreichischen Portfolio jedoch weiterhin unter dem Anteil chinesischer Projekte am Carbon-Markt insgesamt.

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

Verteilung der vertraglich gebundenen Emissionsreduktionen nach Ländern

Stand: Ende 2012



Quelle: Lebensministerium/Kommunalkredit Public Consulting, 2013

Grafik 3

Vertrags- und Risikomanagement

Das Vertrags- und Risikomanagement der mittlerweile 76 Verträge hat neben dem Ankauf der Zertifikate einen wichtigen Stellenwert im Management des Österreichischen JI/CDM-Programms. Darunter versteht sich in erster Linie die Administration und Adaption der bestehenden Verträge hinsichtlich Lieferverzögerungen oder -ausfällen und deren Kompensationen. In der Phase nach dem Vertragsabschluss liegt der Tätigkeitsschwerpunkt im Management von Unterlieferungen bzw. Projektausfällen.

Ein von der Kommunalkredit Public Consulting (KPC) für das österreichische Programm entwickeltes **Portfoliobewertungs- und Risikosteuerungstool** gewährleistet einerseits, dass sämtliche Änderungen im Projektportfolio jederzeit nachvollzogen werden können und dadurch optimal steuerbar sind, und andererseits, dass drohenden Risiken rechtzeitig und wirksam begegnet werden kann.

Bei der Identifikation der Projektrisiken werden bereits in der Angebotsphase länderspezifische, politische, finanzielle und technologische Risiken sowie Risiken betreffend die Registrierung und die Baseline-Studien berücksichtigt. Die Aktualisierung der Mengenausfallsbewertungen einzelner Projekte erfolgt laufend im Rahmen des Risikocontrollings. Eine Aktualisierung ist insbesondere notwendig, wenn eine Neubewertung der Risikokomponenten erforderlich wird. Nachdem alle Risikokomponenten beurteilt und für jedes Projekt eine Total- und eine Teilausfallswahrscheinlichkeit sowie die mögliche Überlieferung berechnet wurden, erfolgt im nächsten Schritt die Verknüpfung dieser Ausfallswahrscheinlichkeiten mit der Menge an vertraglich gesicherten Emissionsreduktionseinheiten aus den Projekten. Darauf aufbauend wird das Gesamtportfolio-Mengenrisiko errechnet und entsprechend dem vorgegebenen Berichtswesen kommuniziert.

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

Projektausfälle

Im Jahr 2012 wurden folgende Projekte aus dem Portfolio ausgeschieden.

Auf Grund von Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Projekten in Afrika sowie der aktuellen Marktsituation war es nicht mehr zielführend, die *South Pole Carbon Procurement Facility Africa* im Portfolio zu belassen. Dem Schweizer Projektentwickler South Pole ist es trotz massiver Anstrengungen nicht gelungen, Projekte in die Fazilität einzubringen.

Auch das kolumbianische Wasserkraftwerksprojekt *Montanitas Hydroelectric* wird nicht mehr weiter verfolgt, da eine Umsetzung bis zum jetzigen Zeitpunkt nicht gelungen ist und ein Ankauf aus diesem Projekt zum vereinbarten Preis ökonomisch nicht mehr sinnvoll wäre.

Beim ungarischen Windpark *Pannonia Ring Wind Farm* wurde mit einem österreichischen Investor ein Emission Reduction Purchase Agreement (ERPA) abgeschlossen. Aufgrund der herrschenden Ökostromgesetzlage in Ungarn konnte das Projekt nicht in das Kontingent der ungarischen Ökostromanlagen aufgenommen werden und hat sich daher immer wieder verzögert. Wegen der geringen Realisierungschancen und der nicht mehr möglichen Registrierung als JI-Projekt wird das Projekt nicht umgesetzt und aus dem Portfolio ausgeschieden.

Eine ähnliche Situation liegt bei *russischen Deponiegasprojekten* eines österreichischen Projektentwicklers vor. Nach jahrelangen Bemühungen des Projektbetreibers wurde von den russischen Behörden ein Letter of Approval (LoA) für eines der fünf Deponiegasprojekte ausgestellt. Eine wirtschaftliche Umsetzung war damit aber nicht mehr möglich und das Projekt wurde somit aus dem Portfolio genommen.

Nicht mehr weitergeführt wurde außerdem das *Deponiegasprojekt Salvador da Bahia Landfill Gas* in Brasilien. Bei diesem Projekt handelt es sich um eines der ersten registrierten CDM-Deponiegasprojekte. Die KPC hat sich über Jahre aktiv bemüht, die Realisierung von Zertifikaten aus diesem CDM-Projekt zu unterstützen. Leider sind diese Bemühungen letztlich erfolglos geblieben, da es dem Projekteigentümer nicht gelungen ist, notwendige Adaptierungen im Monitoring-Plan bei der UNFCCC genehmigen zu lassen, um damit die Verifizierung der Emissionsreduktionen zu ermöglichen. Aufgrund der nunmehr weit fortgeschrittenen Verzögerung und der gegebenen Unsicherheit, ob Zertifikate aus dem Projekt tatsächlich ausgeschüttet werden, wurde die Zusammenarbeit mit dem Projektbetreiber beendet.

Immaterielle Unterstützungen

Im Jahr 2012 wurden keine neuen Förderungsverträge für die Umsetzung von immateriellen Leistungen, die für die Durchführung von JI- und CDM-Projekten erforderlich sind, vergeben.

Bei zugesagten Unterstützungen aus den Vorjahren kam es zu folgenden Änderungen:

In Zusammenhang mit den erwähnten Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Projekten in Afrika, wurden die fünf folgenden afrikanischen Projekte aus dem Portfolio ausgeschieden: *Luigia Hydropower*, *Sao Hill CHP* (Tansania), *Emission Reduction Project in the Fishmeal Industry* (Marokko), *Kikagati Mini Hydropower Plant* (Uganda) sowie *Yaounde Landfill* und *Douala Landfill* (beide in Kamerun).

Nicht mehr weiter verfolgt wird auch das ukrainischen Projekt *Utilization of Sunflower Seed Husks for Steam and Power Production at the Oil Extraction Plant OJSC 'Kirovogradoliya'*. Bei diesem Projekt zur Ölgewinnung aus Sonnenblumenkernen konnten die ERPA-Verhandlungen mit dem Projektentwickler nicht positiv abgeschlossen werden.

Weiters wurden zwei Projekte des indischen Unternehmens Orissa Power Consortium Limited ausgeschieden. Das Projekt *18 MW Jalaput Grid Connected Hydroelectric Project* in Andhra Pradesh wurde aufgrund von nicht erfolgten Baubewilligungen der Lokalregierung im Genehmigungsprozess nicht realisiert. Das zweite Projekt *20 MW Samal Grid Connected Hydroelectric Project* in Orissa wurde aufgrund von finanziellen Problemen in der Realisierungsphase mit einer großen Verspätung 2010 zwar registriert, es konnte aber letztlich keine Einigung über einen zukünftigen Ankauf erzielt werden.

Storniert wurde ebenfalls das JI-Projekt *Eurethyl Bioethanol Plant* in Bulgarien, da die Entwicklung der sehr komplexen JI-Biogasmethode nicht erfolgreich abgeschlossen werden konnte.

4.3. Lieferungen von Emissionsreduktionseinheiten

Mit Stand Dezember 2012 wurden insgesamt 53,6 Mio. Tonnen Emissionsreduktionseinheiten auf das österreichische Registerkonto geliefert. Damit sind 67 % des maximalen Ankaufsvolumens von 80 Mio. erfüllt. Die 2012 gelieferten Zertifikate stammen aus 38 verschiedenen Projekten.

4.4. Beteiligung österreichischer Unternehmen

Das primäre Ziel des Österreichischen JI/CDM-Programms ist der effiziente Ankauf der Emissionsreduktionen für das österreichische Kyoto-Reduktionsziel. Dabei wird aber auch eine möglichst umfassende Beteiligung österreichischer Unternehmen bei JI/CDM-Projekten und bei GIS angestrebt.

Die Auswertung zeigt bei den bisher 76 aktiven abgeschlossenen Verträgen hinsichtlich der österreichischen Beteiligung folgendes Bild: Bei jeweils 15 % der JI- und CDM-Projekte waren österreichische Konsultanten involviert bzw. stammte die Anlage selbst aus Österreich. Österreichische Investoren sind an rund 5 % aller JI- und CDM-Projekte beteiligt.

Im Zuge der neun genannten GIS wurden heimische Unternehmen aktiv von den Außenwirtschaftszentren der Wirtschaftskammer Österreich und von der KPC informiert, um bei entsprechenden Maßnahmen in diesem Bereich partizipieren zu können. Die zweckgewidmeten Gelder für Klimaschutzprojekte in den GIS wurden in den Ländern teilweise bereits ausgeschüttet und damit beispielsweise thermische Sanierungen von Gebäuden und die Umstellung von fossilen auf erneuerbare Energieträger finanziert. Andere Ausschreibungen zur Förderung von Klimaschutzprojekten laufen noch, weshalb zum jetzigen Zeitpunkt noch keine abschließende Auswertung der gesamten österreichischen Firmenbeteiligungen vorgenommen werden kann.

4 Schwerpunkte 2012 im Österreichischen JI/CDM-Programm

Informationen der Projektpartner zufolge können aber für die bisherigen GIS-Abschlüsse durchwegs positive Wertschöpfungseffekte berichtet werden. Laut Auskunft des lettischen Umweltministeriums hat allein ein österreichisches Unternehmen vier Verträge im Wert von 17 Mio. Euro für die Lieferung von Biomasse-KWK-Anlagen für Nahwärmenetze abgeschlossen. Darüber hinaus haben österreichische Bauzulieferfirmen laut Angaben des Wirtschaftsdelegierten maßgeblich von Projekten im Rahmen des GIS-Lettland profitiert. So beruht der Umsatz eines österreichischen Zulieferers in Lettland fast zur Gänze auf GIS-geförderten Projekten.

Bei ca. 10 % aller umgesetzten Maßnahmen im GIS-Tschechien wurde österreichische Technologie eingesetzt. Bei der Lieferung von Komponenten für Solarthermieanlagen, Biomassekessel und Dämmsystemen in die Tschechische Republik haben österreichische Firmen maßgeblichen Anteil.

In Estland ist eine österreichische Firma federführend bei der Lieferung von Rohren und Zubehör für mit Biomasse betriebene Nahwärmenetze. Bislang wurden mehr als 20 Kilometer isolierte Rohrleitungen geliefert. Ein weiteres Unternehmen war bei der Ausrüstung für ein Biomassekraftwerk in der Stadt Kuressaare mit einem Auftragswert von 6,5 Mio. Euro beteiligt.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Zusammenarbeit im Zuge der Umsetzung von GIS zu Exporten in die Länder Tschechien, Estland, Lettland und Bulgarien geführt haben.

4.5. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

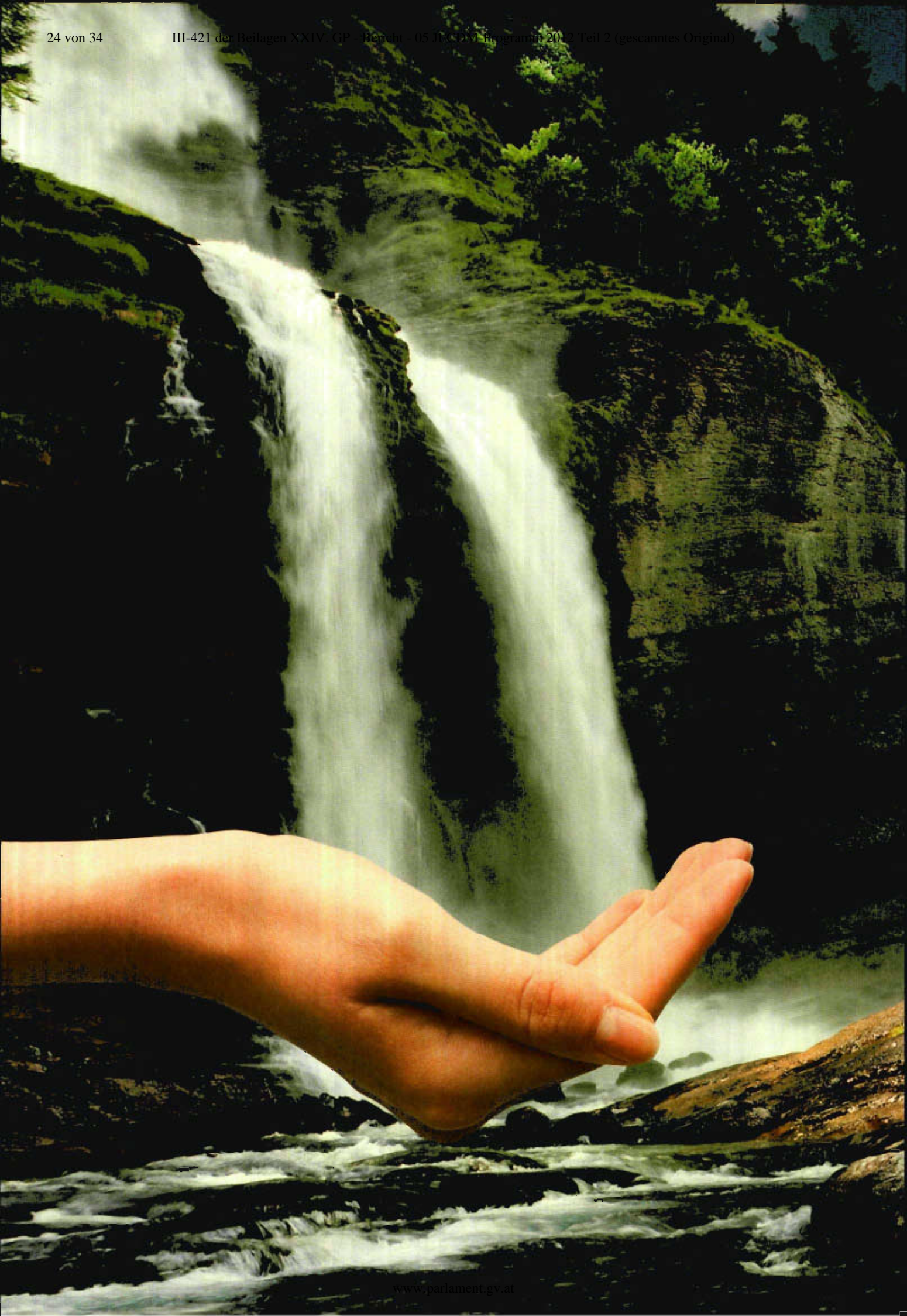
Das Österreichische JI/CDM-Programm hat sich als verlässlicher Partner im Carbon-Markt etabliert und verfügt über ein breites Netzwerk zu den wesentlichen Stakeholdern im Markt sowie zu Projektentwicklern, Konsulenten und den zuständigen administrativen Stellen im Klimaschutzbereich. Um den Stellenwert und die Sichtbarkeit des Österreichischen JI/CDM-Programms zu erhalten, ist eine gezielte Kommunikations- und Öffentlichkeitsarbeit von großer Bedeutung. Neben der eigentlichen Arbeit an konkreten Projekten und dem Vertragsmanagement des bestehenden Portfolios ist ein aktives Beziehungsmanagement sowie eine gezielte Vermarktung der Programmziele erforderlich.

Ein wesentlicher Bestandteil der Öffentlichkeitsarbeit ist der internationale JI/CDM-Workshop. Dieser wurde Ende Jänner 2012 zum bereits achten Mal unter dem Titel „Preparing for new Challenges“ von der KPC veranstaltet. An diesem zweitägigen Workshop nahmen rund 150 Teilnehmer/innen aus 20 Staaten teil, mehr als 25 hochrangige internationale Experten/innen referierten. Die Vortragenden deckten dabei ein breites Spektrum an klimarelevanten Themen ab und repräsentieren Institutionen wie UNFCCC (United Nations Framework Convention on Climate Change), UNEP (United Nations Environment Programme), die österreichische Verhandlungsdelegation bei der internationalen Klimakonferenz, die EU-Kommission sowie Finanzierungsinstitutionen wie die Weltbank oder die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) sowie NGOs. Im Rahmen des Workshops wurden insbesondere die Ergebnisse der internationalen Klimakonferenz in Durban und deren Auswirkungen auf den internationalen Carbon-Markt sowie die Zukunft der internationalen Klimaschutzbestrebungen und der zugehörigen Marktmechanismen diskutiert.

Im Vorfeld dieses internationalen Events waren speziell österreichische Unternehmen eingeladen, sich mit dem Thema „Auswirkungen der aktuellen Entwicklungen im Klimaschutz für Unternehmen“ im Rahmen eines nationalen Workshops zu beschäftigen. Dieser Workshop wird jährlich in Kooperation mit dem Lebensministerium (BMLFUW), dem Wirtschaftsministerium, der Industriellenvereinigung und der Wirtschaftskammer Österreich organisiert und soll österreichischen Unternehmen als Wissensplattform im Bereich der Klimapolitik und der markt-basierten Emissionshandelsinstrumente dienen. An dieser Veranstaltung nahmen rund 90 Interessenten/innen aus verschiedenen Branchen teil.

Neben diesen Workshops Anfang des Jahres 2012 war das Österreichische JI/CDM-Programm auch bei anderen relevanten Veranstaltungen vertreten. Die KPC war beispielsweise bei der größten internationalen Klimaschutzmesse, der Carbon Expo in Köln, mit einem eigenen Messestand vor Ort. Weiters nahmen Mitarbeiter/innen der KPC auch am Africa Carbon Forum in Addis Abeba teil und referierten dort im Rahmen eines Side-Events zu den spezifischen Möglichkeiten von CDM und neuen Marktmechanismen in Afrika. Erwähnenswert ist auch, dass die KPC zum „IEA-IETA-EPRI“ in Paris eingeladen wurde (International Energy Agency; International Emissions Trading Association; Electric Power Research Institute Annual Workshop on Greenhouse Gas Emission Trading). Bei diesem Treffen diskutierten Experten/innen über die neuesten Entwicklungen im Carbon-Markt und zu den markt-basierten Reduktionsmechanismen. Im Rahmen des AWO-Forums „Geschäftschance Klimawandel“ in der Wirtschaftskammer fand ein Vortrag zum Thema „Klimainvestitionen im Ausland – eine Chance für Österreichs Wirtschaft“ statt.

Insgesamt tragen die exemplarisch erwähnten Aktivitäten, wie auch das tägliche Vertragsmanagement des Projektportfolios, dazu bei, dass das Österreichische JI/CDM-Programm als wichtige Institution und als verlässlicher Partner am Markt etabliert ist. Entsprechend aufmerksam werden auch die Marktaktivitäten des österreichischen Programms verfolgt und die konsequente Umsetzung des Kyoto-Ziels von Österreich sehr positiv wahrgenommen.



5

PROJEKT- BESCHREIBUNGEN

5 Projektbeschreibungen

Die folgenden Beschreibungen geben einen kurzen Überblick über die im Jahr 2012 abgeschlossenen Projekte.

5.1. Green Investment Scheme in Bulgarien

Kyoto-Mechanismus:	Artikel 17 Green Investment Scheme
Projektkategorie (UNFCCC):	Energieeffizienz/Erneuerbare Energie
Standort:	Bulgarien
Angekaufte Emissionsreduktionen:	6 Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalente

Im April 2012 einigten sich Bulgarien und Österreich über den Ankauf von sechs Mio. Assigned Amount Units (AAUs) aus dem bulgarischen GIS. Dabei handelte es sich bereits um die zweite Transaktion zwischen Bulgarien und Österreich.

Mit dem Erlös für die sechs Mio. AAUs werden 29 thermische Sanierungsprojekte in öffentlichen Gebäuden und drei Projekte zur Biomassenutzung für private Unternehmen in Bulgarien gefördert.



Das gesamte Vertragsvolumen ist für die Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels in der ersten Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 anrechenbar.

Die Abwicklung des GIS obliegt dem National Trust Eco Fund (NTEF) unter der Aufsicht des bulgarischen Umweltministeriums und des Finanzministeriums.

Im Rahmen seiner Abwicklungstätigkeit ist NTEF auch für das Monitoring des Förderungsinstruments und für das Reporting verantwortlich. Dazu zählen auch Berichtspflichten hinsichtlich aller geförderten Maßnahmen inklusive des dadurch erzielten Umwelteffektes und die Darstellung der Verwendung der Mittel gegenüber Österreich.

5.2. Green Investment Scheme in Estland

Kyoto-Mechanismus:	Artikel 17 Green Investment Scheme
Projektkategorie (UNFCCC):	Energieeffizienz /Erneuerbare Energie
Standort:	Estland
Angekaufte Emissionsreduktionen:	10,9 Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalente

Im September 2012 einigten sich Estland und Österreich über den Ankauf von 10,9 Million AAUs.

Das estnische GIS – die bereits dritte Transaktion zwischen Estland und Österreich – umfasst zwei Programmschienen in den Bereichen Nahwärmeversorgungssysteme (rund ein Drittel des Ankaufsvolumens) und energieeffiziente Beleuchtung (rund zwei Drittel des Ankaufsvolumens). Umgesetzt werden 22 Nahwärmenetze inklusive Wärmeerzeugungsanlagen auf Basis von Biomasse und effizienter Beleuchtungssysteme in sieben Städten in Estland. Das gesamte Vertragsvolumen ist für die Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels in der ersten Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 anrechenbar.



Biomasse-Nahwärmenetz in Estland

Das estische Umweltministerium ist dem Käufer gegenüber für die Umsetzung der Maßnahmen verantwortlich und beauftragt die estische Abwicklungsstelle Environmental Investment Center (EIC) mit der Verwaltung und dem Monitoring der Projekte in den beiden Förderungsschienen.

Im Rahmen seiner Abwicklungstätigkeit ist das EIC auch für das Monitoring des Förderungsinstruments und für das Reporting verantwortlich. Dazu zählen Berichtspflichten hinsichtlich aller geförderten Maßnahmen inklusive des dadurch erzielten Umwelteffektes und die Darstellung der Verwendung der Mittel gegenüber Österreich.

5 Projektbeschreibungen

5.3. Green Investment Scheme in Lettland

Kyoto-Mechanismus:	Artikel 17 Green Investment Scheme
Projektkategorie (UNFCCC):	Energieeffizienz /Erneuerbare Energie
Standort:	Lettland
Angekaufte Emissionsreduktionen:	10 Mio. Tonnen CO ₂ -Äquivalente

Bei diesem Ankauf von AAUs aus dem lettischen GIS handelt es sich bereits um die dritte Transaktion zwischen Lettland und Österreich. Zwei erfolgreiche Transaktionen mit Lettland in der Größenordnung von 3,5 Mio. AAUs wurden in den Jahren 2008 und 2009 abgeschlossen. Mit dieser dritten Transaktion sichert sich das Programm weitere zehn Mio. AAUs, die für die Erreichung des österreichischen Kyoto-Ziels in der Verpflichtungsperiode 2008 bis 2012 anrechenbar sind.

Unter dem lettischen GIS werden die Erlöse aus dem Verkauf der AAUs für die Abwicklung eines mit der österreichischen Umweltförderung im Inland vergleichbaren Förderungsinstrumentes verwendet. Förderungsempfänger sind Unternehmen sowie Gemeinden und Städte.

Die Verkaufserlöse fließen in das bereits entwickelte Förderungsprogramm Complex Solutions for Greenhouse Gas Emission Reduction. Diese Förderung schreibt in einem ersten Schritt die Nutzung von vorhandenen Energieeinsparungspotenzialen in Gebäuden und in Produktionsprozessen vor. In der Folge ist ein wesentlicher Teil des verbleibenden Energiebedarfs mit Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energieträger abzudecken.

Das lettische Umweltministerium ist für das Monitoring der Implementierung des GIS-Förderungsinstrumentes verantwortlich. Die Ergebnisse des Monitoring werden jährlich von unabhängigen externen Evaluatoren geprüft, bestätigt und Österreich in regelmäßigen Berichten offengelegt. Als Abwicklungsstelle für das Umweltministerium fungiert das Climate Change Financial Instrument (KPF1), das die Monitoring-Berichte erstellt und die Einhaltung der Förderungsvoraussetzungen im Auftrag des Umweltministeriums prüft.



Abkürzungsverzeichnis

AAU	Assigned Amount Unit (Staaten zugeordnete Emissionszertifikate gemäß dem Kyoto-Ziel)
ADP	Ad-Hoc-Working Group on the Durban Plattform
AWO	Außenwirtschaftsorganisation
BGBI.	Bundesgesetzblatt
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
CDM	Clean Development Mechanism
CER	Certified Emission Reduction (Emissionsreduktion bei CDM-Projekten) pCER = primary CER; sCER = secondary CER
CO₂	Kohlendioxid
EIC	Environmental Investment Center
ERPA	Emission Reduction Purchase Agreement
ERU	Emission Reduction Unit (Emissionsreduktionseinheit bei JI-Projekten)
ETS	Emission Trading Scheme (Europäisches Emissionshandelssystem)
EU	Europäische Union
EUA	European Union Allowance (Emissionszertifikat im europäischen Emissionshandelssystem)
EZG	Emissionszertifikategesetz
GIS	Green Investment Schemes
Gt	Gigatonne
HFC	halogenierte Fluorkohlenwasserstoffe
JI	Joint Implementation
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KPC	Kommunalkredit Public Consulting GmbH
KPFI	Climate Change Financial Instrument
KSG	Klimaschutzgesetz
KWK	Kraft-Wärme-Kopplung
LDCs	Least Developed Countries
LoA	Letter of Approval
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MW	Megawatt
NGO	Non-Governmental Organization
N₂O	Distickstoffoxid, Lachgas
NKB	Nationaler Klimaschutz Beirat
NKK	Nationales Klimaschutz Komitee
NTEF	National Trust Eco Fund
OTC	Over the Counter (außerbörslicher Handel)
UN	United Nations (Vereinte Nationen)
UNEP	United Nations Environment Programme
UFG	Umweltförderungsgesetz
UNFCCC	United Nations Framework Convention on Climate Change





Notizen

**GENUSS
REGION
ÖSTERREICH**

Die Initiative
GENUSS REGION ÖSTERREICH
hebt gezielt die Bedeutung regio-
naler Spezialitäten hervor.
www.genuss-region.at

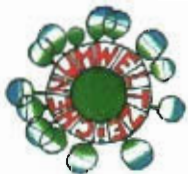
green-jobs.at
Das grüne Karriereportal Österreichs

Österreichs erstes grünes
Karriereportal für
umweltfreundliche green jobs.
www.green-jobs.at



lebensministerium.at

Informationen zu Landwirtschaft,
Wald, Umwelt, Wasser und
Lebensmittel.
www.lebensministerium.at



Das Österreichische
Umweltzeichen ist Garant für
umweltfreundliche Produkte und
Dienstleistungen.
www.umweltzeichen.at

www.bewusstkaufen.at
Lebensministerium & Partner
**das bringt's
nachhaltig.**

Das erste Webportal für
nachhaltigen Konsum in
Österreich.
www.bewusstkaufen.at

**NATIONAL
PARKS
AUSTRIA**



Das Internetportal der
Österreichischen Nationalparks.
www.nationalparksaustria.at

klima:aktiv



Die Klimaschutzinitiative
des Lebensministeriums
für aktiven Klimaschutz.
www.klimaaktiv.at


vielfaltLeben

Die Kampagne vielfaltLeben trägt
bei, dass Österreich bei der
Artenvielfalt zu den reichsten
Ländern Europas gehört.
www.vielfaltleben.at

generation
www.generationblue.at
blu:



Die Jugendplattform zur
Bewusstseinsbildung rund ums
Wasser.
www.generationblue.at



www.mein-fussabdruck.at

Der Ökologische Fußabdruck ist
die einfachste Möglichkeit, die
Zukunftsfähigkeit des eigenen
Lebensstils zu testen. Errechnen
Sie Ihren persönlichen Footprint.
www.mein-fussabdruck.at



lebensministerium.at

www.parlament.gv.at